

Berlin, Mittwoch,

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis:

Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Postlohn, für ganz Deutschland 9 Mk. ...

Für Frankreich, Belgien, England, Amerika u. Australien-Abendung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen für England in London bei Siegle & Co. Ltd.

129 Leadenhall Street E.C. 3. und Cowie & Co. 19 Broadham Street E.C.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:

Ergänzungen zum Kurszettel. Annon-Album.

Vollständige Zeichnungslisten der Preuß.-Bödd. Klassenlotterie.

Allgemeine Verlosungsalbellen mit Restanten-Listen

und viele andere wichtige tabellarische Lieferungen.

Insertions-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 60 Pf. Restantzeit 1.20 Mk.

Fernsprecher:

Zentrum, Nr. 243.

Telegramm-Adresse:

Börsen-Zeitung.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8. Kronenstraße Nr. 37.

Annahme der Inserate: In der Expedition.

Des Anst. und Betrages wegen erscheint die nächste Nummer unserer Zeitung am Donnerstag, den 20. November, nachmittags.

Die Expedition der „Berliner Börsen-Zeitung“.

Vom Tage.

Der russische Ministerpräsident Kowrow besuchte gestern nachmittag wieder den Reichskanzler und hatte eine längere Unterredung mit ihm.

Die französische Deputiertenkammer hat gestern mit 333 gegen 225 Stimmen das gesamte Wahlreformgesetz in seiner neuen Gestalt angenommen.

In Paris ist gestern der zweite Internationale Kongress zur Regelung des Zollwesens feierlich eröffnet worden.

Nach einer Meldung aus Lens beñht sich der Streik in den Bergwerken von Lens, Noeux, Courrières und Douges langsam aus. Insgesamt arbeiten bisher 6000 Arbeiter.

Die parlamentarische Lage in Frankreich.

Als am 4. d. Mts. das französische Parlament zusammentrat, erichien die Lage des Kabinetts Marfou nicht weniger als glänzend. Das Budget, das durch das Armeegesetz enorm in die Höhe getrieben worden war, drohte mit gefährlichen Debatten, und die Wahlreform verwarf Galganden, die recht unangenehme Nebenwirkungen bringen konnten. Die Staatsberatung konnte nicht verhindern werden, aber ein sofortiges Eingehen in die Beratung des Wahlgesetzes suchte das Ministerium, um Zeit zu gewinnen, zu vermeiden und schlug vor, daß die Kammer sich zunächst mit einigen Fragen von mehr untergeordneter Bedeutung beschäftigen solle. Damit hatte er freilich kein Glück; die Mehrheit der Deputierten legte gerade die Wahlreform als ersten Punkt auf die Tagesordnung. Soweit sich jetzt übersehen werden kann, waren die Vorurteile zum mindesten übertrieben, die Lage der Regierung ist unerschütterlich und wird wahrscheinlich durch die Verhandlungen kaum mehr gefährdet werden.

Bekanntlich hatte das Kabinett vorgeschlagen, die durch die Rüstungen erforderlichen Mehrbeträge nicht, wie dies in Deutschland geschieht, durch direkte Auflagen einzubringen, sondern sie durch eine innere Anleihe von 1300 Millionen Francs zu decken. Es stellte sich damit in einen Gegensatz zum radikal - sozialistischen linken Flügel der Kammer, dem das deutsche Beispiel vorzuziehen, und das fast nicht unbedenklich aus; aber wenn nicht alles täuscht, wird die Regierung recht behalten, wenn sie mit der Abneigung der bürgerlichen Kreise gegen jede direkte Besteuerung und namentlich gegen das damit verbundene lästige Einbringen der Steuerbescheide in die privaten Vermögensverhältnisse rechnet. Der Gehalte, die Rollen auf die Schultern des nachkommenden Geschlechts überzuwälzen, das erst die Freithe der heutigen Anstrengungen genießen werden, gewinnt sichtlich an Popularität, sobald die Angriffe der Linken schwerlich zu Erfolgen führen werden.

Und auch die Wahlreform hat für die Regierung viel von ihrem gefährlichen Charakter verloren, sie nimmt immer mehr die Form eines Kompess zwischen Kammer und Senat an. Es besteht zwischen dem beiden Häusern eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit über die Frage der Verhältniswahl, d. h. die

Vertretung der Minoritäten. Mit der erdrückenden Mehrheit von 482 gegen 81 Stimmen hat sich die Kammer am 6. d. M. von neuem für die Listenwahl entschieden und mit 342 gegen 213 Stimmen für die Vertretung der Minoritäten. Damit war das Kriegsziel ausgegraben. Dann haben die Herren Deputierten allerdings einen Schrei über die eigene Klugheit bekommen und suchen eifrig nach Mitteln, um unter Wahrung des proklamierten Prinzips in seinen wesentlichen Umfassen, den Senatoren ein Entgegenkommen zu ermöglichen. In den Proporz-Wahlen sehen die Radikalen einen Schlag gegen die Interessen der Partei, wohl nicht mit Unrecht, da sie in den meisten Wahlkreisen nur schwache Mehrheiten hinter sich haben. Und da sie im Senat ausschlaggebend sind, gewinnt ihr Widerspruch an Bedeutung. Die Kammer oder deren Ausschuß hat sich bewegen geföhlt, dem Rechnung zu tragen. Die Formel der Kammer forderte die Verteilung der Mandate des Wahlkreises nach dem Wahlquotienten (der Wahlquotient ist die Zahl, die man erhält, wenn man die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen durch die Zahl der Mandate des Wahlkreises dividiert); der Ausschuß stellt eine neue Formel auf, die in dem Fall, wo eine Liste oder von mehreren Parteien gemeinsam aufgestellte Listen die absolute Stimmenmehrheit erzielen, dieser Liste oder Gruppe zunächst auch die absolute Mehrheit der Mandate des Wahlkreises zuweist. Alsdann verteilt sie aber die übrigen Mandate auf die anderen Listen nach Maßgabe des Wahlquotienten, d. h. jede dieser Listen erhält von den Restmandaten so viele wie ihre Stimmenminderheit nach dem Wahlquotienten enthält. Geht diese Verteilung dann nicht auf, und bleibt noch das eine oder andere Mandat übrig, so fallen diese denjenigen Listen zu, die die stärkste mittlere Stimmengahl auf sich vereinigen. In dem Fall aber, wo keine Liste oder Gruppe von Listen die absolute Stimmenmehrheit erreicht hat, verteilt diese Formel wie vorher von vornherein auf jede Liste so viel Mandate, wie ihre Stimmengahl den Wahlquotienten enthält, mit Zustimmung der Restmandate ebenfalls wieder nach der stärksten mittleren Stimmengahl. Das ist ein Entgegenkommen dem Mehrheitsprinzip des Senats gegenüber; noch weiter geht aber ein Antrag des Sozialisten Lebedre, der die Verteilung der Mandate nach dem Wahlquotienten auf jede Liste als Regel aufstellt und dann für die hiernach noch verbleibenden Mandate einen zweiten Wahlgang anordnet, der diese Mandate nun nach der relativen Stimmenmehrheit verteilt. Danach würden zwei Drittel der Mandate durch das System des Wahlquotienten und durch die Verhältniswahl, ein Drittel der Mandate nach dem Mehrheitsprinzip zur Verteilung gelangen. Die Minister Klog und Marfou sprachen sich für diese Formel aus mit der Begründung, daß sie allein dem geeigneten und notwendigen Ausweg aus dem Gegenfah der Meinungen darstelle, und die Kammer nahm sie schließlich mit 328 gegen 222 Stimmen an. Damit ist der Boden für Verhandlungen zwischen den beiden Häusern geebnet. Freilich werden diese noch viel Zeit in Anspruch nehmen, wenn sie überhaupt zum Ziele führen, und der Ministerpräsident dürfte recht behalten, wenn er darauf hinweist, daß die Beratung der Wahlreform nicht dringlich erscheine, da sie doch nicht zu zeitig beendet werden könnte, daß sie zur Grundlage der nächsten Wahlen dienen könne.

Für das Kabinett ist das freilich nach den bisherigen Verhandlungen unbedenklich. Es hat sich selbst sehr geschickt ausgeschaltet und lediglich die Rolle des Vermittlers gespielt. Wie die Entscheidung auch ausfallen mag, es trägt nach keiner Seite eine Verantwortung, die seine Stellung erschüttern könnte.

—r.

Telegramme.

Wien, 18. November. (G. Z. G.) Auf Einladung des Ministerpräsidenten fand heute eine Besprechung der Osmänner der Mehrheitspartei mit den Ruthenen statt, in welcher vereinbart wurde, daß die Ruthenen vorläufig ihre Oppositionstaktik aufgeben und sich auf wirkliche tatsächliche Verbesserungen beschränken.

Kopenhagen, 18. November. (G. Z. G.) Heute ist zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern betreffs verschiedener Konflikte ein Abereinkommen erzielt worden. Es wird somit nicht zu der angefangenen Ausperrung kommen.

Petersburg, 18. November. (G. Z. G.) Die Reichsduma hat die Regierungsvorlage über die Wirtärspflicht der Fahrzeuge angenommen.

Sankt, 18. November. (G. Z. G.) Die serbische Regierung hat beschlossen, die Wiedereröffnung der griechischen Schulen in Monastir unter der Bedingung an zu stellen, daß der Unterricht in der serbischen Sprache obligatorisch gemacht wird.

Sankt, 18. November. (G. Z. G.) Die Heimführung der beurlaubten griechischen Soldaten hat gestern begonnen.

Lady Smith, 18. November. (G. Z. G.) Heute früh kam es zu Unruhen unter den Indern. Vor dem Polizeiamt wurden die Aufseher von der Polizei ohne Anwendung von Wassengewalt zerstreut, doch wird die Lage als ernst genug betrachtet, sobald die Bewachung der Polizei und die Aufstellung einer bewaffneten Bürgerwehr verlangt wird.

Breslau, 18. November. (G. Z. G.) Heute morgen war alles ruhig, aber heimliche alle Indern haben die Arbeit niedergelegt. Der Ausschuß hat sich nach dem Abend an ausgedehnt. Die Mehrheit der in der Explosionsfabrik von Knoch beschäftigten Indern hat ebenfalls die Arbeit niedergelegt. (Siehe auch in der 11. und 12. Beilage.)

Amtliche Nachrichten.

Der König hat dem Oberstleutnant a. D. von Andenbrock, bisherigen Kommandeur des Landwehrbezirks Schwane, dem ordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Universität in Breslau, Geheimen Medizinalrat Dr. Albert Reijser, dem Oberbürgermeister Dr. Maximilian Jungelobst zu Münster i. W. und dem Domänenpächter, Amtsrat Hans Diege zu Neubeesen im Saalkreise den Orden Ritterorden dritter Klasse mit der Schleife, dem außerordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Universität in Berlin, Geheimen Medizinalrat Dr. Martin Verharbdt, dem Barrer Karl Daape zu Herford-Bischhausen im Kreise Hünfelden, dem Professor Wilhelm Vante zu Alsfelde im Kreise Münden, dem emeritierten Barrer Hermann Sieg zu Rostock, dem Beigeordneten Apothekerbesitzer August Strunk zu Mellnshausen und dem technischen Eisenbahninspektor a. D. Rechnungsrat Friedrich Wieje zu Eberfeld den Orden Ritterorden dritter Klasse, dem Direktor im Kaiserlichen Patentamt, Geheimen Regierungsrat Rudolf Feldt, dem Amtsgerichtsrat a. D., Geheimen Justizrat Alfred Liebig zu Buzlau, dem Kreisinspektor a. D., Schlichter Friedrich Engelien zu Joppot, dem Oberbahninspektorsvorsteher a. D., Rechnungsrat Karl Fiesel zu Berlin-Friedenau und dem Eisenbahninspektor a. D. Heinrich Heufer zu Düsseldorf den königlichen Kronenorden dritter Klasse, dem Leutnant Otto Scherfamp im Infanterieregiment Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig (Ostpreussischen) Nr. 78, dem Gutsverwalter Heinrich Diehoff, bisher in Saargemünd, jetzt in Seibersdorf, dem Patronatsältesten, Gutsbesitzer Viktor Schütz zu Altfähr im Kreise Münden, dem bisherigen Leiter der Progymnasialschule der evangelischen Pfarergemeinde in Neuzals a. D., Oberlehrer Johannes Frige, dem Kaufmann Felix Levy zu Dredenhausen, dem bisherigen Redner der Wohlthätigkeitskassen in Magdalen Biville, dem Bahnhofsvorsteher a. D. Wilhelm Aukt zu Menden im Landkreise Jericho und Ludwig Osenberg zu Witten, dem Eisenbahninspektorsvorsteher a. D. Theodor Saffenberg zu Sommer a. M. und Hermann Kunz zu Teimold den königlichen Kronenorden dritter Klasse,